

II-2309 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Zl. 21.891/69-2/1991

1010 Wien, den 11. Juni 1991

Stubenring 1

Telefon (0222) 7500 71100

Telex 111145 oder 111780

DVR: 0017001

P.S.K.Kto.Nr. 5070.004

Auskunft

--

Klappe -- Durchwahl

882/AB

1991 -06- 13

zu 932 J

B e a n t w o r t u n g

der parlamentarischen Anfrage der
Abgeordneten Dr.Gugerbauer, Dolinschek,
Meisinger, Mag.Haupt an den Bundes-
minister für Arbeit und Soziales betref-
fend Höhe der Beiträge zur Pensionsver-
sicherung nach FSVG (Nr.932/J).

Frage 1:

Halten Sie den unterschiedlichen Beitragssatz zur Pen-
sionsversicherung nach dem FSVG und dem GSVG nach Inkraft-
treten des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1991 noch für
verfassungsgemäß?

Antwort:

Der Beitrag zur Pensionsversicherung der Unselbständigen
besteht grundsätzlich aus einem Dienstnehmer- und einem
Dienstgeberbeitrag. In den Pensionsversicherungen der
Selbständigen verdoppelt der Bund die Beiträge der Ver-
sicherten zum Teil aus Steuern und Abgaben dieser Ver-
sichertengruppen. Hiefür sind im Bereich des GSVG Mittel
der Gewerbesteuer und im Bereich des BSVG das Aufkommen an
Abgaben von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zu
verwenden. Da es entsprechende Abgaben bzw. Steuern für
die Angehörigen der freien Berufe nicht gibt, ist der
Beitragssatz für diese in der gleichen Höhe wie für
Weiterversicherte nach dem ASVG, deren Beitragssatz eben-
falls den Dienstnehmer- und Dienstgeberbeitrag widerspie-

- 2 -

gelt, festgesetzt.

Die Gebahrungssituation in der Pensionsversicherung nach dem FSVG ist seit seinem Inkrafttreten dadurch gekennzeichnet, daß die Höhe der Pflichtbeiträge eines Jahres die Summe der Pensionsleistungen um ein Mehrfaches übersteigt. Dieser Zustand findet seine natürliche Erklärung in der unterschiedlichen Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten einerseits und der Pensionsbezieher andererseits. Wie bei jeder Einführung eines derartigen Pensionssystems kommt es zu einem unterschiedlich raschen Aufbau der Stände der Beitragszahler und der Leistungsbezieher. Dieser Struktureffekt wird allerdings ständig schwächer, sodaß nach der Jahrtausendwende mit einem Kippen des Verhältnisses zwischen Beiträgen und Leistungen zu rechnen ist. Dann wird sich voraussichtlich die Notwendigkeit stetig wachsender Bundeszuschüsse auch im Bereich der Pensionsversicherung nach dem FSVG ergeben.

Ein ähnliches Strukturphänomen war bzw. ist noch immer in der Pensionsversicherung der Angestellten zu verzeichnen.

Eine Senkung des Beitragssatzes zur Pensionsversicherung nach dem FSVG würde ein Abgehen vom umfassenden Solidaritätsprinzip darstellen und die Finanzierung der Pensionsversicherung einer Gruppe durch Beiträge ausschließlich dieser Gruppe (unter Ausschluß von Mitteln der Allgemeinheit) bedeuten. Daß die erforderlichen Mittel auf Sicht von den Ärzten allein nicht aufgebracht werden können, steht außer Zweifel.

Ich halte daher die unterschiedlichen Beitragssätze in den Pensionsversicherungen nach dem GSVG und dem FSVG für

- 3 -

verfassungsrechtlich unbedenklich, zumal nachgewiesen werden kann, daß für den einzelnen Versicherten die Pensionsleistung in der Regel nicht zur Gänze durch Beitragszahlungen gedeckt ist.

Frage 2:

Werden Sie einen Gesetzesentwurf ausarbeiten lassen, der eine Angleichung der Beitragssätze im GSVG und FSVG beinhaltet?

Antwort:

Im Hinblick auf meine Ausführungen zur Frage 1 habe ich nicht die Absicht, einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf ausarbeiten zu lassen.

Frage 3:

Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Ich verweise auf meine Antwort zur Frage 1.

Frage 4:

Welche jährlichen Gebärungsergebnisse konnten aus den Pensionsversicherungsbeiträgen nach FSVG jeweils seit seinem Inkrafttreten erzielt werden?

Frage 5:

Welche Gebärungsergebnisse werden für die nächsten fünf Jahre prognostiziert?

Antworten zu den Fragen 4 und 5:

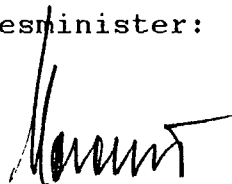
Die Antwort zu den gegenständlichen Fragen ist der beiliegenden Übersicht 1 zu entnehmen. Ergänzend hiezu wird bemerkt, daß mir hinsichtlich der Pensionsversicherung nach dem GSVG und der Pensionsversicherung nach dem FSVG getrennte Daten nur zu den Pflichtbeiträgen und dem Pen-

- 4 -

sionsaufwand zur Verfügung stehen. Die Übersicht zeigt deutlich, daß nach der Jahrtausendwende mit einem Kippen zwischen Beiträge und Leistungen zu rechnen ist.

Beilage

Der Bundesminister:



BEILAGE

Übersicht 1Pensionsversicherung nach dem FSVG

	Pflichtbeiträge	Pensionsaufwand
	Mio. S	
1979	104,1	0,2
1980	119,4	2,4
1981	137,0	14,6
1982	142,1	25,0
1983	176,2	34,6
1984	197,0	48,0
1985	224,9	63,6
1986	260,5	80,1
1987	298,6	99,4
1988	339,4	112,8
1989	384,7	129,4
1990	422,0	148,9
1991	469,0	170,7
1992	521,0	193,1
1993	578,0	217,5
1994	645,0	244,2
1995	711,0	272,9
1996	776,0	304,0

Quelle : Gutachten des Beirates für die Renten- und Pensionsanpassung
Ergänzende Schätzung für 1996